

Leitartikel in der Siegener Zeitung vom 12.01.2019 (Verfasser: ewi )

### **Fördern ohne Fordern?**

Wenn Politik auf edle Menschen setzt

Bundesfinanzminister Olaf Scholz spricht es offen aus. Das Ende des Aufschwungs sei gekommen, hat er erklärt. Tatsächlich drohen die Handelspolitik des US-Präsidenten Donald Trump und der Austritt der Briten aus der EU der langen Zeit steten Wirtschaftswachstums und übervoller Staatskassen ein schnelleres Ende zu bereiten. Der Finanzminister nimmt die Zeichen aber wohl nicht allzu ernst. Er kann genauso wie die Südeuropäer darauf setzen, durch den Zinsverzicht der Sparer auf Staatsanleihen kaum Zinsen zahlen zu müssen. Auf lange Sicht wird er sogar noch weit spendabler: Er war der erste, der die Verlängerung des derzeit geltenden Rentenniveaus von 48 Prozent über 2025 hinaus bis 2040 gefordert hat.

Natürlich käme man in Berlin auch nicht auf die Idee, um der Unsicherheiten willen die in der Koalition vereinbarten neuen Sozialleistungen zurückhaltend anzugehen. Im Gegenteil, die Verteilung der Mittel eilt so sehr, dass an eine gründlich durchgearbeitete Gesetzgebung nicht zu denken ist. Der bürokratische Aufwand der Gesetzesanwendung und der Aufwand der Antragstellung – etwa für das neue „Starke-Familiengesetz“ – sind kein Hindernis. Dazu passt es, dass der Staat in vielen Fällen das eigene Engagement der Bürger lähmt, wenn er bei Zuverdiensten die Sozialleistungen unverhältnismäßig kürzt. Das kann so weit gehen, dass Zuverdienste gar nicht lohnen.

Diese Merkwürdigkeiten in der Gesetzgebung sind sowohl den zuständigen Ministerien und dem Kanzleramt als auch den Bundestagsfraktionen bekannt. Wer deshalb nur von einem Mangel an Sorgfalt des Gesetzgebers spricht, der übersieht, dass hier ein Anreiz für die Betroffenen gar nicht ernsthaft gewollt sein kann, sonst würde man den Missstand baldmöglichst beseitigen. Das wiederum lenkt den Blick auf ein weiteres Gesetz, dem es regelrecht ums Fördern und Fordern geht und das insofern den Gedanken des Anreizes noch weiter vorangetrieben hat: die von der rot-grünen Koalition 2005 eingeführte Arbeitsmarktreform „Hartz IV“.

Man kann von diesem Gesetz sagen, dass es zum sozialpolitischen Erfolg geworden ist. Erstmals seit seiner Einführung lebten laut Bundesanstalt für Arbeit im November 2018 weniger als drei Millionen Haushalte von Hartz IV, zu denen 5,91 Millionen Personen zählten. Dabei mussten seit 2015 rund 750 000

**M**igranten in das System eingeschleust werden. Die Gesamtzahl ausländischer Leistungsbezieher liegt inzwischen bei 2,1 Millionen. Die Reform, die der langjährigen Kanzlerschaft Angela Merkels sehr zum Vorteil gereichte, soll freilich nach dem Willen von SPD und Grünen zumindest erheblich umgestaltet, im Grunde abgeschafft werden.

Es kann nicht verwundern, dass die große Zahl derer, die nach einer Übergangszeit in „Hartz IV“ in den ersten Arbeitsmarkt aufgestiegen sind, nicht unbedingt dazu neigen, offen die Vorzüge von „Hartz IV“ darzulegen. Wenn aber einerseits die Bezüge der Arbeitslosen steigen sollen und andererseits statt des derzeitigen Drucks, angebotene Arbeit anzunehmen, „Belohnungen“ ausgelobt werden sollen (so der Grünen-Chef Robert Habeck), lässt sich das Ergebnis leicht prognostizieren: Die Menschen werden wählerischer, und es vergeht mehr Zeit, bis eine offene Stelle angenommen wird – wenn überhaupt. Genau das war der Fall vor „Hartz IV“.

Ein Fordern, das mit Druck verbunden wäre, soll es nicht mehr geben. Die noch nicht konkretisierten Vorstellungen der SPD dürften hinter denen der Grünen nicht zurückbleiben. Aber wie stellen sie sich dazu, dass es auch Druck im Berufsleben gibt und sogar Sanktionen, wenn wichtige Vorgaben ignoriert werden? Der Mensch sei „kein fauler Hund“, sagte der Grüne Habeck vor wenigen Wochen in einem Zeitungsinterview. Nein, das ist er nicht, vor allem kein Hund. Aber er kann z. B. phlegmatisch sein.

Langzeitarbeitslosigkeit lässt sich nach allen bisherigen Erfahrungen nicht dadurch bekämpfen, dass Hartz-IV-Empfänger einfach nur als edle Menschen verstanden werden, denen Druck und Sanktionen erspart werden müssen. Druck und – bei Verstößen – sogar Sanktionen gehören ja auch zum Wirtschaftsleben. Die positiven Erfahrungen mit „Hartz IV“ sprechen im Übrigen dafür, dass Kompetenz und Umgangsformen der zuständigen Mitarbeiter in den Arbeitsämtern nicht einfach politisch zerredet werden dürfen. Sie erweisen den Menschen und dem Staat offenbar gute Dienste. Sie sind es auch, die einstweilen den Veränderungen am Arbeitsmarkt bis in die Regionen hinein am besten Rechnung zu tragen wissen.